

Die Parteien in Deutschland und die AfD

Charakteristik und Aufgaben der neuen Partei (27.12.14)

Von Wolfgang Gedeon

I. Die Parteien im Deutschland der Nachkriegszeit

1. Vom Kriegsende bis zur Studentenrevolte

Die erste Phase der Nachkriegszeit bis 1968 wurde politisch von den Unionsparteien CDU/CSU bestimmt; am augenscheinlichsten der wirtschaftliche Wiederaufbau: In wenigen Jahren wurde das im Krieg völlig zerstörte Deutschland wieder aufgebaut und seine Wirtschaft (im Westen) so hoch entwickelt, dass In- und Ausland mit Blick auf wirtschaftliche Leistungskraft und die Stärke der D-Mark zu Recht von einem "Wirtschaftswunder" sprachen.

Auch geistig war der Wiederaufbau beeindruckend. Aus den Trümmern des braunen Totalitarismus wurde ein demokratischer Staat auf christlich-humanistischer Grundlage errichtet, mit dem sich der überwiegende Teil der Bevölkerung weitestgehend identifizierte.

Außenpolitisch entschied sich die Adenauer-Regierung für eine enge Kooperation mit den USA und eine Einbindung in das militärische NATO-Bündnis. Diese Entscheidung war pragmatisch und nicht ideologisch motiviert. Adenauer erkannte richtig, dass Deutschland damals allein zu schwach war, um der großen Gefahr der Sowjetisierung standhalten zu können, und Europa, insbesondere Frankreich, damals nicht gewillt war, auf *europäischer* Grundlage ein entsprechendes Verteidigungsbündnis zu verwirklichen.

Nach Adenauer wurde die Politik der Westbindung vor allem in den C-Parteien zunehmend in Richtung einer unverbrüchlichen Wertegemeinschaft ideologisiert, wiewohl in der Bevölkerung der diesbezügliche Konsensus zu bröckeln begann [zur Geschichte der Westbindung siehe meinen Artikel *Europa oder Euramerika*]. Insgesamt war die Politik unter Adenauer und Erhard in dieser ersten Phase der Nachkriegszeit ein Glücksfall für den Westen Deutschlands. Der unter Sowjetherrschaft stehende Osten (DDR) hatte dieses Glück nicht: von der Mangelwirtschaft bis zur brutalen politischen Unterdrückung, am stärksten sichtbar in der Niederschlagung des Juniaufstands von 1953!

2. Die Zeit von der Studentenrevolte bis zur Wiedervereinigung.

Die zweite Phase der Nachkriegszeit, von 1968 bis zur Wiedervereinigung, wurde politisch vor allem von der SPD bestimmt. Es war ihr Verdienst, den schon unter Adenauer und Erhard angelegten Sozialstaat weiter ausgebaut und den Wohlstand in der deutschen Gesellschaft

erheblich verbreitet zu haben. Das Proletariat im Marxschen Sinne löste sich zugunsten einer selbstbewussten Arbeiterschaft auf, die über die gewerkschaftliche Mitbestimmung nicht nur adäquat am wirtschaftlichen Wohlstand, sondern auch an der politischen Macht partizipieren konnte. Der deutsche Sozialstaat hat die kommunistische Idee vom Klassenkampf und der Verelendung des Proletariats ad absurdum geführt und als pseudorationale Gesellschaftslösung enttarnt.

Auch in der Ostpolitik setzte die SPD wichtige neue Akzente, indem sie durch wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit das sowjetische System von innen infiltrierte und so entscheidend zu dessen Untergang Ende der 1980er Jahre beitrug.

Bis 1959 war die SPD eine kryptokommunistische Klassenkampfpartei. Erst als sie sich auf ihrem Godesberger Parteitag von diesem Konzept verabschiedete, wurde sie zur großen Volkspartei der linken Mitte, die die Geschicke Nachkriegsdeutschlands in sehr positiver Weise mitgestalten konnte.

3. Die Sonderrolle der FDP

Die FDP stellte mit Theodor Heuss den ersten Bundespräsidenten. Sie war von 1961 bis 2013, unterbrochen durch die großen Koalitionen von 1966-69 und 2005-2009, in Regierungskoalitionen; zunächst mit CDU/CSU, dann mit der SPD, schließlich wieder mit CDU/CSU. Sie hatte also entscheidenden Anteil an der politischen Macht im Nachkriegsdeutschland. Außenpolitisch spielte sie eine wichtige Rolle bei der Flexibilisierung der Ostpolitik, wobei sie gegen die Union die Politik der SPD unterstützte. Gesellschaftspolitisch verteidigte sie bürgerliche Freiheiten gegen staatsdirigistische Tendenzen von CDU/CSU und SPD. Schließlich stellte sie wirtschaftspolitisch ein wichtiges Korrektiv zur sozialdemokratischen Verteilungspolitik dar. Denn nur eine leistungsfähige Wirtschaft konnte etwas verteilen, und so verteidigte die FDP die Interessen der wirtschaftlichen Leistungsträger und gerade auch des Mittelstands.

In diesem Sinn modifizierte die FDP sowohl die Politik der Unionsparteien (vor allem außenpolitisch) wie auch der SPD (vor allem wirtschaftspolitisch) und war so wesentlicher Bestandteil dieser Drei-Parteien-Ordnung, die in der Nachkriegsphase bis 1989 Demokratie, Frieden und Wohlstand gewährleistete, wie es dies zuvor in der deutschen Geschichte noch nicht gegeben haben dürfte.

II. Das Ende der Nachkriegszeit: Die USA rufen eine neue "Weltordnung" aus

1. Zwischen 1989 und 2010

1989 änderte sich die nationale und internationale Situation grundsätzlich. Die Sowjetunion implodierte, so dass den USA ihr bislang gleichwertiger Gegenspieler abhanden kam und sie

jetzt ohne nennenswerte Gegenwehr international nach Belieben schalten und walten konnten – was sie auch taten: Unter verschiedenem Vorwand brachen sie zahlreiche Kriege vom Zaun und versuchten, mehrere Staaten durch sog. Farbrevolutionen und andere innenpolitische Einmischungen in ihrem Sinne umzugestalten. Es gehe um eine neue "Weltordnung", so damals der amerikanische Präsident G. Bush sen.!

Innenpolitisch bedeutete der verstärkte internationale Einfluss der USA eine verstärkte ethnische und kulturelle Durchmischung in den westlichen Staaten, wobei es gerade in Europa darum ging, ethnisch und kulturell relativ homogene Nationalgesellschaften in ethnokulturell heterogene, nämlich multikulturelle Einwanderungsgesellschaften umzuwandeln – ein Prozess, der auch in Deutschland schon weit fortgeschritten ist.

In Deutschland ermöglichte der Zusammenbruch des Sowjetimperiums die Wiedervereinigung, das heißt die Angliederung der DDR an die Bundesrepublik Deutschland. Dies hat, zumindest zunächst einmal, die wirtschaftliche und auch politische Macht Gesamtdeutschlands gestärkt und dessen nationales Bewusstsein gefördert. Die alte Bundesrepublik war ja so national vergessen, dass man nicht einmal den Namen "Deutschland" ohne schlechtes Gewissen aussprechen konnte, und für linke Politiker war der Begriff ohnehin tabu.

Die untergehende Sowjetunion stimmte der deutschen Wiedervereinigung unter der Vorgabe zu, dass damit keine Osterweiterung der NATO in Richtung russischer Grenze verbunden ist. Die Amerikaner verlangten ihrerseits eine verstärkte Einbindung des wirtschaftlich und politisch erstarkten Deutschlands in das supranationale EU-Konzept. So war aus nationaler Sicht die Wiedervereinigung ein Pyrrhus-Sieg, denn der Zuwachs an politischem Einfluss und Wirtschaftskraft musste gleich wieder in Brüssel abgegeben werden.

Zu einer unipolaren Geopolitik, einer multikulturalistischen Innenpolitik und einer supranationalistischen EU-Integrationspolitik kommt als viertes Charakteristikum dieser Zeit ein stark säkularistisch-antichristlicher Impuls in die deutsche Politik. Hatten Adenauer und de Gaulle ihre Treffen noch mit einem gemeinsamen Besuch der katholischen Messe in einer Kathedrale gekrönt, und waren mehrere Staatsoberhäupter nach der Unterzeichnung der Römischen Europa-Verträge 1957 noch auf einer Audienz bei Papst Pius XII., so lehnt die heutige EU jeglichen religiösen oder gar spezifisch christlichen Gottesbezug für eine europäische Verfassung dezidiert ab. In Deutschland, wo das Christentum, mit kurzer Unterbrechung durch den Nationalsozialismus, bis 1989 unbestritten die weltanschauliche Basis darstellte, wirkte sich nicht zuletzt der DDR-Anschluss als zusätzlich säkularisierend aus: 40 Jahre atheistischer Diktatur haben ihre Spuren hinterlassen, und das heutige Deutschland ist durch EU, Zuwanderung und auch DDR-Anschluss unchristlicher geworden, als es die alte Bundesrepublik je war.

2. Charakteristika der Jetzt-Zeit

Geopolitisch ist nun insofern eine Änderung eingetreten, als sich die USA durch ihre diversen Kriegsabenteuer finanziell, politisch und moralisch erschöpft und so weltweit an Macht und Einfluss verloren haben. Auch die Entwicklung der sog. Schwellenländer spielte dabei eine Rolle. Um ihr Ziel weiter zu verfolgen, die Welt zu beherrschen und in ihrem Sinne umzugestalten, genügen den USA jetzt nicht mehr "Koalitionen der Willigen". Sie sind essenziell auf Hilfe ihrer NATO-Verbündeten und besonders Deutschlands angewiesen. Dabei profitieren sie auch davon, dass viele Osteuropäer in anachronistischer Weise die Amerikaner immer noch als die Repräsentanten politischer Freiheit verstehen und sie darum engagiert in deren antirussischem Kriegskurs unterstützen. Sogar Foltergefängnisse stellen sie den USA zur Verfügung; in Polen, Rumänien, Lettland, Litauen und besonders pikant: im Kosovo!

Auch die EU steckt in einer wirtschaftlichen und politischen Legitimationskrise. Die Arbeitslosigkeit besonders unter den Jugendlichen ist gigantisch, das Wirtschaftswachstum minimal und der Rückhalt in der Bevölkerung noch minimaler. Deutschland hat wirtschaftlich bislang von der EU profitiert, was auch zulasten anderer Staaten ging. Tausende von Ärzten und Informatiker zum Beispiel aus Rumänien, die sich inzwischen in Deutschland herumtummeln, würden dort dringend gebraucht und fehlen dort!

Bei genauerem Hinsehen ist auch der Wirtschaftsriese Deutschland schwächer, als er aussieht, und manche Experten sprechen schon von einer "Deutschland-Blase": gigantische Euro-Rettungsbürgschaften, große Infrastruktur-Defizite (z. B. beim Straßen- und Brückenbau), finanziell nicht gesicherte Versorgungsansprüche (Beamtenpensionen) usw.!

Die Multikulturalisierung ist in Westeuropa weit fortgeschritten. In Deutschland haben (2011) bei den 35 - 45 Jährigen 22% einen Migrationshintergrund, bei den Unter-5 Jährigen 35%. In vielen Großstädten bilden in der Gruppe der unter 40-jährigen Bevölkerung Ausländer, d.h. Menschen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, schon die Mehrheit. Jetzt scheint sogar bei den besonders geduldigen Deutschen das Zumutungsmaß der EU-Zuwanderungspolitik überschritten zu sein. Denn nicht nur erfahren zuwanderungskritische Parteien in ganz Europa großen Zuspruch - auch spontane Bewegungen, die viele Menschen der nichtorganisierten Mehrheitsbevölkerung erfassen, treten auf die Bildfläche. "PEGIDA" verbreitet in der politischen Klasse Deutschlands bereits Angst und Schrecken.

Den großen politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen (Kriegsgefahr, Arbeitslosigkeit, Euro) scheinen die etablierten Parteien immer weniger gewachsen zu sein. Ihr Einfluss schwindet, neue Parteien gewinnen an Macht.

III. Der Verfall der Altparteien

1. Die CDU/CSU – ein Koloss auf tönernen Füßen

Der Verfall der C-Parteien fängt schon mit Helmut Kohl an. Mit seiner extrem supranationalistischen Ausrichtung auf NATO und EU schadet er den nationalen deutschen Interessen. Er selbst sagte: "Einen Austritt aus der NATO wäre mir die Wiedervereinigung nicht wert". Statt das Westbündnis 1989 zu lockern, um mehr nationalen Gestaltungsspielraum zu gewinnen, betrachtet er es als seine Aufgabe, ganz Europa, auch den Osten, auf westlichen = amerikanischen Kurs zu bringen, und aus der lockeren Freihandelszone EWG will er unbedingt eine durchinstitutionalisierte politische Union machen. Letztlich verfolgt er das Ziel, Deutschland als selbstständigen Staat aufzulösen und in einem supranationalen Gebilde aufgehen zu lassen – dies alles, ohne die Deutschen zu fragen, ob sie diese Selbstauflösung ihres Staates überhaupt wollen.

Die von Kohl eingeleitete antinational-supranationalistische Politik wurde von Angela Merkel fortgeführt und intensiviert. So wehrten sich die C-Parteien lange dagegen, Deutschland zum "Einwanderungsland" zu machen. Wenigstens eine deutsch-europäische Kultur wollte man als Leitkultur in Deutschland durchzusetzen. Aber Frau Merkel setzte sich durch. Ihre Rivalen R. Koch (Einwanderungsland) und F. Merz (Leitkultur) mussten ihre Präsidentsplätze in der Partei räumen und verschwanden in der Wirtschaft.

Dem Parteiausschluss von Martin Hohmann widersetzte sich Merkel zunächst noch. Schließlich gab sie doch dem Druck des Zentralrats der Juden nach. Damit verabschiedete sich die Union auch von der bis dahin für sie gültigen Antitotalitarismus-Konzeption: Von einer Position der Mitte ausgehend grenzte man sich in gleicher Weise sowohl vom Rechts-(Nationalsozialismus) als auch vom Linksextremismus (Kommunismus) ab. Hohmann, der es sogar wagte, Religionslosigkeit als Spezifikum totalitärer Systeme und Grundlage für deren Verbrechen herauszustellen, verlor auch noch sein Abgeordnetenmandat. Die CDU/CSU ordnete sich stromlinienförmig in den von den Rot-Grünen entflammten Propagandakrieg ein: *Kampf gegen Rechts!* Wer jetzt noch von Gefahren des Linksextremismus redet, gilt schon als rechtsextrem und damit politisch stigmatisiert.

Der Gipfel des Verrats an der Substanz der CDU/CSU dann durch Christian Wulff: Als niedersächsischer Ministerpräsident machte er (als erster!) eine Islamgläubige zum Minister, wobei es sich bei dieser Frau nicht um eine assimilierte Europäerin handelte, sondern, wie sich sehr bald herausstellte, um eine aggressive Lobbyistin für islamische Zuwanderer: Kreuze raus aus den Klassenzimmern, neue Sprachregelungen betreffs Ausländer für die Presse usw. Schließlich verkündet Wulff, da schon Bundespräsident: "Der Islam gehört zu Deutschland". Über 1000 Jahre Krieg zwischen christlichem Europa und islamischem Orient nur ein großer Irrtum? Ein Streit um des Kaisers Bart? Der Islam sogar Identität stiftend für Europa? Der Kern

der Botschaft: Religion spielt für das Zusammenleben und Zusammengehörigkeitsgefühl einer Gesellschaft keine Rolle bzw. hat keine Rolle mehr zu spielen!

Schließlich schaffte ein adliger CSU-Hochstapler aus Oberfranken, was den Grünen 20 Jahre nicht gelungen war: das Ende der Wehrpflicht! Nicht nur die Bundeswehr - die gesamte nationale Sicherheit Deutschlands hat dadurch erheblichen Schaden genommen.

Als letztes der Euro-Rettungswahnsinn der Frau Merkel: Milliarden schwere Bürgschaften lud die Bundeskanzlerin mit ihrer Unterschrift dem deutschen Steuerzahler auf. Die tatsächliche Höhe dieser Bürgschaften können, aufgrund des Unsicherheitsfaktors EZB, nicht einmal Experten präzise abschätzen. Jedenfalls reicht sie aus, um beim Fälligwerden den wirtschaftlichen Bankrott Deutschlands auszulösen.

Soweit die Entwicklung der Unionsparteien in Kurzfassung, wobei deutlich wird, dass die Fundamente einer konservativen Politik - Familie, Religion und Nation - durch Genderisierung, Islamisierung und EU-Supranationalismus dem rot-grünen Zeitgeist geopfert wurden. Frau Merkel, unter deren Führung dieser Degenerationsprozess der Union stattfand, gelang es tatsächlich, sämtliche Rivalen mit noch einen Hauch politischer Persönlichkeit auszuschalten und ihre neue Einheitspartei bei Vorstandswahlen inzwischen auf einen Zujubelungsprozentsatz von 97% zu trimmen. Selbst in der DDR als SED-FDJ-Kader sozialisiert und politisiert und als solche bis zuletzt berechtigt, Westreisen zu unternehmen, hat sie Demokratie nie gelernt und ist nahtlos, ohne Zeit der Umkehr, von der SED in die CDU umgestiegen – ein Wendehals der schlimmsten Sorte! Ausübung von Loyalität, *das* hat sie, ein typischer Apparatschik, gelernt, jetzt nicht mehr gegenüber Moskau, sondern gegenüber Washington. Die CDU/CSU ist unter Merkel eine völlig US-hörige Partei geworden, und das C in ihrem Namen fast schon ein Etikettenschwindel. Die Frau aus der Uckermark hat die Unionsparteien aus deren angestammter und wesensgemäßer Position der rechten Mitte nach links gerückt, sie sozialdemokratisiert. Dabei ist keine neue SPD, sondern eine alte verstümmelte CDU herausgekommen, die ihre eigenen Fundamente eingerissen hat und jetzt fundament-, d.h. halt- und wurzellos im politischen Raum torkelt. Heute laufen die C-Parteien den Grünen hinterher, Leuten, die alle konservativen Werte von der Familie bis zur Religion beleidigen. Man prostituiert sich regelrecht für eine Koalition mit diesen Extremisten. Eine Koalition mit der AfD aber schließt man entschieden, ja hysterisch aus. Doch das System *Merkel* steht und fällt jetzt mit der Person der Vorsitzenden, und deren Ansehen in der Bevölkerung ist zu 100 % abhängig vom Zustand der deutschen Wirtschaft. Sollte diese nennenswert einknicken, steht der vermerkelten Union ein Absturz bevor, der dem der SPD und auch dem der FDP nicht nachstehen wird.

2. Die SPD: Von der Volkspartei zur Randpartei

Die CDU/CSU ist vom Wahlergebnis her noch eine Volkspartei. Die SPD mit ihren 15-25 % ist es

nicht mehr: eine Randpartei geworden, steht sie mit einem Bein im extremistischen Lager. Zunächst machte sie Extremisten - die Grünen! - auf *Landesebene* ministrabel, dann (1998) auch auf *Bundesebene*. Im Stadtstaat Berlin kürte die SPD im Jahr 2002 die SED-Nachfolger zu Ministern - Herr Gysi wurde Wirtschaftssenator! 2011 dann in Stuttgart der Absturz zum Juniorpartner der Grünen unter Kretschmann und schließlich 2014 in Thüringen zum Juniorpartner der SED-Linken!

Außenpolitisch der Sündenfall 1998: Die rot-grüne Regierung macht den völkerrechtswidrigen Militäreinsatz der USA gegen Serbien mit; gemäß Grundgesetz (Art. 26) und auch StGB (§ 80) eine Straftat, die, wenn unsere Justiz noch funktionieren würde, mit lebenslanger Gefängnishaft bestraft werden müsste.

Gesellschaftspolitisch der Tabubruch mit der doppelten Staatsbürgerschaft und der Einführung des *Ius soli*: Migranten müssen jetzt nur nach Deutschland kommen und hier ein Kind zeugen, und es gibt kaum noch eine Möglichkeit, sie abzuschieben, wie auch immer sie sich dann verhalten mögen. Im Hinblick auf Ausländer-Lobbyismus hat die SPD die Grünen schon eingeholt.

Wirtschaftspolitisch, trotz gegenteiliger Beteuerungen, betreibt die SPD eine aggressive Politik gegen den Mittelstand, die sich vor allem in entsprechenden Steuerkonzepten manifestiert. Auf der anderen Seite dann eine sehr freundliche Politik gegenüber der internationalen Finanzoligarchie, sprich Banken, Versicherungen etc. Es war die SPD, die in ihrer rot-grünen Regierungszeit 2002 die unterschiedliche Besteuerung von Kapital- und Personengesellschaften einführte, aber nicht zugunsten der Personen-, sondern der Kapitalgesellschaften, die jetzt ihre Veräußerungserlöse nicht mehr versteuern mussten. So konnte beispielsweise die Deutsche Bank, in deren Besitz sich ca. 25 % der deutschen Kernindustriek Aktien befanden, diesen Besitz veräußern, ohne dafür nur einen Euro an Steuern bezahlen zu müssen! Jeder Mittelständler, beispielsweise ein Arzt, der am Ende seines Berufslebens seine Praxis verkauft, muss den Erlös versteuern. Nicht die deutsche Bank! Da sage mal einer, die SPD wäre antikapitalistisch. Mittelstandsfeindlich durchaus, antikapitalistisch sicher nicht.

In der Euro-Schuldenpolitik setzte sich die SPD sogar für Eurobonds ein: die einfachste und wirkungsvollste Art, um die Schulden anderer Euro-Staaten dem deutschen Steuerzahler aufzubürden.

Vieles, was die SPD hier treibt, hat mit einer Politik der Mitte nichts mehr zu tun. Ihr perspektivisches Ziel ist jetzt eine rot-rot-grüne Koalition. In einer solchen hofft sie, den Kanzler zu stellen. Notfalls gibt sie sich aber auch - Stuttgart und Erfurt haben es gezeigt - mit der Rolle des Juniorpartners zufrieden, sei es der Grünen, sei es der Ganzroten. Die SPD schrumpft zum politischen Gartenzwerg.

3. Der Totalabsturz der FDP

Die FDP ist untergegangen, weil sie jegliches spezifische Profil verloren hat und zuletzt selbst nicht mehr wusste, wofür sie eigentlich stand, wofür sie politisch da war. Statt die Interessen des Mittelstands, wie versprochen, in der Steuerpolitik gegenüber Merkel durchzusetzen und die dirigistische Politik der SPD gegenüber wirtschaftlichen Leistungsträgern zu bremsen, fuhr man voll auf die von Großinvestoren, Banken und Versicherungen gewünschte Privatisierungswelle ab. Statt sich von den Grünen und deren individualistischen Emanzipationsexzessen ("sexuelle Präferenz", Schwulenkult, Quotenfeminismus etc.) zu distanzieren und sich auf die Verteidigung politischer Bürgerrechte zu konzentrieren (Brief/ E-Mail-Geheimnis, Telefongeheimnis, Bankgeheimnis etc.) überließ man sogar den Snowden-NSA-Skandal den Grünen. Statt Möllemanns amerika- und israelkritischen Kurs gerade in der Abgrenzung von den Unionsparteien weiterzuverfolgen, knickte man auch hier völlig in Richtung US-Hörigkeit ein. Bei der parteiübergreifenden Bundestagsentscheidung vom März 2010 spielte die FDP unter Westerwelle noch eine Rolle: Die Amerikaner sollten ihre in der Eifel gelagerten Atomwaffen abziehen. Im UN-Sicherheitsrat wagte Westerwelle sogar - erstmalig in einer Israel betreffenden Frage - gegen die USA zu stimmen, und er war wesentlich mitverantwortlich, dass Deutschland sich 2011 zumindest nicht unmittelbar am Libyenkrieg der USA, Franzosen und anderer beteiligte.

Diese Politik stand er freilich nicht durch. Insbesondere verkräftete er nicht, dass er nach seinem amerikakritischen Engagement, wiewohl immer noch Außenminister, ca. ein halbes Jahr medial kaltgestellt wurde. Demütig schwenkte er vor allem im Syrienkonflikt auf einen stramm pro-amerikanischen Kurs ein. Er wurde medial wieder beachtet, hatte damit aber die letzte Besonderheit der FDP geopfert. US-Schleimer gibt es genug in der deutschen Politik. Doch aus amerikanischer Sicht sind die meisten zuverlässiger als Herr Westerwelle und seine FDP. Die FDP wurde zur unnötigen, zur überflüssigen Partei. Ihre politische Beerdigung steht an.

Resümee

Die drei Parteien, die die Säulen der alten Bundesrepublik markierten, haben stark an Bedeutung verloren, die Grünen-Partei dagegen konnte diesbezüglich zulegen. Jetzt kommt die alte SED in neuer Kostümierung aus ihren Löchern und versucht, ihren DDR-restaurativen Kurs als Lösung für die Probleme unserer Zeit zu verkaufen.

4. Die Rolle der Grünen

Die Grünen sind aus der 1968er-Bewegung hervorgegangen, die zunächst durchaus eine gesellschaftliche und auch moralische Legitimation hatte. Machte doch der Vietnam-Krieg deutlich, dass die USA nicht das leuchtende Freiheitsidol darstellten, für das man sie bislang in Deutschland gehalten hat! Aber Agent Orange – Gesundheitsschäden noch in der nächsten Generation – und amerikanische Generäle, die großmäulig ankündigten, Vietnam in die Steinzeit zurückbomben zu wollen, taugten schlecht als Vorbilder einer neuen politischen Moral. Eine

größere, eine kritische Distanz zu den USA wäre politisch durchaus angemessen gewesen, der vollständige Bruch der Westbindung, wie er von den kommunistischen Gruppierungen innerhalb der Studentenbewegung gefordert wurde, freilich kopflos und unverantwortlich. Denn weltweit und gerade in Europa war der sowjetische Moloch in Moskau immer noch die Gefahr Nummer 1, was er mit seinen Panzern 1953 in Berlin, 1956 in Budapest und gerade frisch 1968 in Prag blutig bewiesen hatte.

Neben einer anti-amerikanischen Außenpolitik ging es in der Studentenbewegung um individuelle Freiheitsrechte, die im Nationalsozialismus einem extrem anti-individuellen Kollektivismus geopfert wurden: Du bist nichts, dein Volk ist alles! Hier bestand Nachholbedarf. In der Adenauer-Ära musste erst einmal politisch und wirtschaftlich wieder aufgebaut werden. Das war schon eine große Leistung. Jetzt freilich standen bestimmte gesellschaftspolitische Reformen an, z. B. eine gewisse Liberalisierung des Abtreibungsrechts - selbst vergewaltigte 13jährige Mädchen mussten damals ihre Kinder austragen! -, eine rechtliche Verbesserung der Frauensituation und auch eine Entkriminalisierung der Homosexualität! Aber auch hier schüttete die Studentenbewegung das Kind mit dem Bade aus. Endete diese individualistische Emanzipationsbewegung doch in einem asozialen Emanzipationsexzess, der die Interessen des Individuums gegenüber der Allgemeinheit verabsolutierte – bis hin zur Propagierung von Drogen und Pädophilie.

Die Grünen-Partei, am Ende der studentischen Kulturrevolution gegründet, grenzte sich von diesen Strömungen nicht nur nicht ab, sondern kultivierte sie explizit, siehe z. B. die Parteitagsbeschlüsse der Grünen zur Pädophilie. Die Freigabe sog. weicher Drogen ist noch heute fester Bestandteil ihres Parteiprogramms! Die Grünen waren schon moralisch deformiert und degeneriert, bevor sie überhaupt die politische Arena als Partei betraten.

Im Gegensatz zum konventionellen (roten) Kommunismus vertreten die Grünen nicht eine kollektivistische, sondern eine hyperindividualistische basierte Moral. Sie nennen sich selbst "*moderne* Linke". Ob "modern" oder "links": von Anfang an waren sie eine extremistische Partei und sind es das heute noch. Besonders charakteristisch ihr gegen die Bevölkerungsmehrheit gerichteter Minderheiten-Lobbyismus, der nicht bereit ist, Interessen von Minderheiten denen der Mehrheit unterzuordnen, sondern umgekehrt versucht, die Mehrheit den Minderheiten-Interessen zu unterwerfen.

Dadurch wird der Gesamtgesellschaft großer Schaden zugefügt. Nehmen wir als Beispiel den sog. "demographischen Wandel", sprich: die völlige Überalterung der Bevölkerung, die jetzt zu Problemen in allen möglichen gesellschaftlichen Bereichen führt und nicht zuletzt die objektive Grundlage der verfahrenen Migrationsproblematik darstellt. Die Grünen sind sicherlich nicht die einzigen Verantwortlichen für diesen gesellschaftlichen Degenerationsprozess. Sie müssen mit ihrer Politik aber als entscheidende politische Katalysatoren dieser gesamtgesellschaftlich negativen Entwicklung gesehen werden. Mit Propagierung sexueller Freizügigkeit und

"Präferenz" (Schwulen-Kult) haben sie die Sexualität systematisch von der Fortpflanzungsfunktion losgelöst und auch Abtreibungen in einem Maß gefördert, das diese de facto zu einer erweiterten Methode der Konzeptionsverhütung gemacht hat. Mit all dem haben sie also wesentlich dazu beigetragen, dass die Reproduktionsfähigkeit der Gesamtgesellschaft in existenzgefährdender Weise gelitten hat.

Der Minderheitenlobbyismus der Grünen tobt sich am stärksten in der Migrationspolitik aus. Die Grünen sind nicht eine, sondern *die* migranten-lobbyistische Partei schlechthin. Vordergründig arbeiten Sie mit der Methode, Mitleid im Hinblick auf individuelle Schicksale zu erregen, und diejenigen, die zum Beispiel nicht bereit sind, immer mehr Bootsflüchtlinge aufzunehmen, sondern sie wieder nach Afrika zurückschicken wollen, als herzlos und unmenschlich zu brandmarken. Hier wird politisch demagogische Bauchethik praktiziert. "Bauch": weil der Kopf systematisch ausgeschaltet und nur mit Gefühlen gearbeitet wird; und "demagogisch": weil man versucht, Menschen überall ein schlechtes Gewissen zu verpassen, das man braucht, um die eigene Migrationspolitik durchzusetzen!

Gesetzt den Fall, wir nähmen weiter großzügig Asylanten aus Westafrika auf, obwohl wir wissen, dass dort eine Ebola-Epidemie herrscht. Je mehr von ihnen zu uns kommen, desto größer wird doch die Wahrscheinlichkeit, dass auch Ebola-Infizierte dabei sind und das Risiko einer Ebola-Epidemie in Deutschland zunimmt. Wenn wir nun keine Asylanten mehr aus Ebola-Krisengebieten aufnehmen und dies nach australischem Muster im Internet allen deutlich machen, ist das auf den ersten Blick sicher herzlos, wenn nicht grausam gegenüber vielen Einzelschicksalen. Der Bauch sagt uns: Sei nicht herzlos, nimm jeden auf! Der Kopf sagt uns: Das ist Wahnsinn. Du riskierst eine Ebola-Epidemie mit hunderten, wenn nicht tausenden Toten in Europa!

Alles "Panikmache", wie die Immigrant-Lobby demagogisch suggeriert? Nein, rational-kühle medizinisch-epidemiologische Überlegung! Die Grünen arbeiten dagegen mit kopfloser Gefühlsethik.

In der philosophischen Ethik wird dieses Thema immer wieder behandelt, und in der Soziologie haben sich diesbezüglich die von Max Weber geprägten Begriffe "Gesinnungsethik" und "Verantwortungsethik" durchgesetzt. Ich halte sie allerdings nicht für sehr hilfreich. Es geht ja nicht um den Gegensatz von Gesinnung und Verantwortung, sondern um den von individualistischer und einer am Gesamtwohl ausgerichteten Sichtweise; des weiteren um den Gegensatz zwischen einer kurzfristig und einer perspektivisch langfristig ausgerichteten Denkweise. So spreche ich von "Gefühls-" resp. "Bauchethik", andererseits von "nachhaltiger" oder "ganzheitlicher" Ethik resp. "Universalethik", die bei allem Respekt vor Gefühlen den Intellekt, den Kopf, nicht verleugnet und ein Problem in seiner gesellschaftlichen und auch seiner zeitlichen Ganzheit zu beurteilen versucht.

Die Politik der Grünen ist demagogisch. Sie begnügt sich nicht damit, mit Mitleidsgefühlen zu arbeiten und dabei den Kopf auszuschalten. Jeden, der nicht bereit ist, sich ihrer Sichtweise zu unterwerfen, greift sie massiv an und diskriminiert ihn mit diversen unflätigen Titeln: "Ausländerfeind", "Menschenfeind", "Fremdenhasser" und vor allem "Rassist"! In diesem Sinne ist die grüne Ideologie repressiv, basierend auf moralischer Erpressung und Einschüchterung der Mehrheit, um ihr Ziel einer grenzenlosen Zuwanderung und damit einer vollständigen ethnokulturellen Heterogenisierung der Bevölkerung zu erreichen. So werden jedem gesunden Menschenverstand nachvollziehbare und moralisch völlig legitime Verhaltensweisen als "rassistisch" verunglimpft: Wenn ich zum Beispiel als Arbeitgeber von zwei Bewerbern mit gleicher Qualifikation dem einheimischen Bewerber den Vorrang einräume. Kommt ein gut qualifizierter Türke und ein schlecht qualifizierter Deutscher zu mir und ich entscheide mich für den Deutschen, nur weil er Deutscher ist, könnte man das unter bestimmten Umständen als "Ausländerdiskriminierung" bezeichnen. Bei gleicher Qualifikation aber dem einheimischen Bewerber den Zuschlag zu geben, ist in der Türkei genauso legitim wie in Deutschland, und "menschenfeindlich" ist es nicht, sich so zu verhalten, sondern solches Verhalten als "menschenfeindlich" zu diskriminieren!

"Rassistisch" im grünen Sinn ist auch, wer Überfremdung als reale Gefahr für den Zusammenhalt und inneren Frieden einer Gesellschaft betrachtet und dementsprechend eine quantitative Begrenzung von Zuwanderung fordert; und natürlich auch, wer seuchenpolitischen Überlegungen, wie oben im Hinblick auf Ebola, den Vorrang vor asylrechtlichen einräumt. Jeder, der nicht sein Haus jedem öffnet; jeder, der nicht zu exzessiver Selbstverleugnung bereit ist und es wagt, eigene Interessen geltend zu machen, ist für diese Demagogen ein "Rassist", wobei die ursprünglich grüne Sichtweise inzwischen bei der Mehrheit der politischen Klasse in Deutschland und Europa üblich geworden ist.

Analysiert man die Grünen-Politik unvoreingenommen, stellt man fest: Die Aggression gegen vermeintliche Diskriminierer und "Rassisten" nimmt deutlich mehr Raum ein als Mitgefühl und Interessensvertretung für die vermeintlich Diskriminierten, die Migranten. Hinter pervertierten Rassismus-Vorwürfen findet sich bei den Grünen selbst ein Rassismus, versteckt und verdeckt, aber äußerst ausgeprägt – einer gegen die deutschstämmige Bevölkerung, die als "dumpf", "Stammtisch-geprägt", "vorurteilsbeladen" und letztlich immer irgendwie "faschistisch" gesehen wird. Weil man mit diesbezüglich offeneren Hasstiraden, solange die Deutschen noch die Mehrheitsbevölkerung darstellen, politisch nicht reüssieren kann, versteckt man diesen Rassismus hinter einem massiv zur Schau getragenen Anti-Rassismus. "Haltet den Dieb" nennt man diese Taktik. Tatsächlich dürfte grüne Politik also weniger von der Verantwortung für, sondern vom Hass gegen bestimmte Menschengruppen geprägt sein. In diesem Sinn ist sie primär destruktiv - durchaus ein Markenzeichen extremistischer Politik!

Zum politischen Extremismus gehört weiterhin, dass man bereit ist, seine Ziele gegebenenfalls

mit Gewalt gegen Mehrheitsentscheidungen durchzusetzen. Nun wird man fragen: Wo bitteschön propagieren die Grünen Gewalt? Auch hier muss man tiefer blicken, dorthin, wo die Grenzen der Grünen-Partei offen sind zur gewaltbereiten linksautonomen Szene hin. Die AfD musste in ihren Wahlkämpfen die Vernetzung offizieller grüner Gewaltfreiheit mit gewaltsamen Aktionen der Antifa bereits am eigenen Leibe erleben.

Im Hinblick auf Extremismus auch noch die bedeutende Frage: Wie verfassungstreu sind die Grünen? Verbal sicher ohne Einschränkung, tatsächlich sieht die Sache anders aus. Es fängt mit der Frauenquote an: Sie ist und bleibt eine vom Grundgesetz untersagte konkrete Benachteiligung und Diskriminierung von Männern, wenn diese per Quote auch bei fachlich besserer Qualifikation bei Bewerbungen das Nachsehen haben. Inoffiziell gibt es in den meisten Behörden auch schon Ausländerquoten, z. B. bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst: Durch neu eingeführte, maßgeschneiderte Auswahlkriterien wie "interkulturelle Kompetenz" u.a. werden Ausländer gegenüber Inländern systematisch bevorzugt. Auch die doppelte Staatsbürgerschaft ist in diesem Sinn keine Antidiskriminierungsmaßnahme, sondern eine Privilegierungsmaßnahme für ein ausgewähltes Bevölkerungskollektiv, denn wer hätte nicht gerne mehrere Staatsbürgerschaften?

Schließlich das Strafrecht, und das wiegt am schlimmsten: Grüne Politik setzt sich dafür ein, dass ausländerfeindliche Gesinnung bei einer Straftat das Strafmaß erhöht. Die Ermordung eines Türken durch einen Deutschen in türkenfeindlicher Gesinnung ist dann ein schlimmeres Verbrechen als die Ermordung eines Deutschen durch einen Türken in deutschfeindlicher Gesinnung – ein Angriff auf das Prinzip Gleichheit vor dem Gesetz und alles andere als Grundgesetz-konform!

Sind die hier angeführten Beispiele wirklich spezifisch für die Grünen-Partei? Vertreten nicht alle Parteien im Bundestag entsprechende Positionen? Heute ist es so, vor 25 Jahren war es das nicht. Mit ihrer repressiv einschüchternden Methode ist es den Grünen gelungen, wiewohl selbst nur eine 10 %-Partei, ihre Positionen weit in die konservativen Parteien hinein durchzusetzen und das politische Spektrum in Deutschland in den letzten 25 Jahren von der Mitte weg nach links zu verschieben und sozusagen linksextrem zu vergrünen.

5. Die SED-Linke

Die SED, die sich nach der deutschen Wiedervereinigung "PDS" und nach dem Zusammengehen mit der SPD-Abspaltung Wahlalternative WASG in camouflierender Weise nur noch "Die Linke" nennt, ist nach den Grünen die zweite extremistische Partei im Berliner Bundestag. Ihr Ziel ist es, die Niederlage von 1989 in einen Sieg umzumünzen und aus der gesamten deutschen Republik eine neue Groß-DDR zu machen. Dafür haben ihre Protagonisten natürlich kiloweise Kreide gefressen, was uns über den Charakter dieser Partei nicht täuschen sollte. Personell und finanziell steht sie in unmittelbarer Tradition zur gesamten kommunistischen Bewegung bis hin

zu Lenin und Stalin.

Fangen wir beim Personal an! Nicht unbedingt bei den zahlreichen alten SED-und Stasi-Kadern. In der Partei hört und sieht man nicht viel von ihnen. Sie sind sozusagen untergetaucht, was sie in Ihrem Job ja in besonderer Weise gelernt haben. Gelegentlich werden einzelne Treffen solcher mutmaßlicher Netzwerke durch irgendwelche Journalisten-Teams aufgestöbert, insgesamt kann das aber nicht so gut belegt werden, weil diejenigen, die es könnten und sollten, gar kein Interesse an einer solchen Aufklärung haben. Ich spreche zum einen von den führenden Kräften innerhalb der Linken, zum anderen von der Stasi-Aufklärungsbehörde, die von Joachim Gauck, dem jetzigen Bundespräsidenten, aufgebaut wurde. Er war der erste Leiter dieser Behörde. Inzwischen ist bekannt, dass über ein Drittel deren Mitarbeiter, die aufklären sollen, wer welche Verbrechen in der Stasi zu verantworten hat, selbst ehemalige Stasi-Leute waren. Herr Gauck, darauf angesprochen, findet das völlig normal. Diese Leute hätten gute Arbeit geleistet und dürften deshalb - trotz ihrer Enttarnung - nicht gekündigt werden!

Sprechen wir also nur von der Spitze der SED-Linken, von ihrem bekanntesten Gesicht Gregor Gysi! Er war Rechtsanwalt in der DDR, was zunächst unverfänglich klingt. In der DDR mit fast 18 Millionen Einwohnern gab es freilich nur 600 Rechtsanwälte - eine handverlesene Schar äußerst systemkonformer Experten des sozialistischen "Rechts"! Gysi war dabei nicht nur einfacher Anwalt. Er war Vorsitzender des DDR-Anwaltskollegiums, das unserer Anwaltskammer entspricht, also oberster Rechtsanwalt der DDR und maßgeblich an Entscheidungen beteiligt, wer in der DDR als Anwalt arbeiten durfte und wer nicht!

Man wirft ihm vor, Stasi-Spitzel gewesen zu sein, wogegen er sich, auch gerichtlich, zur Wehr setzt. Aber seine Argumentation ist interessant. Sie läuft darauf hinaus, dass er zwar nicht IM bei der Stasi gewesen sei, eine grundsätzliche Kooperation mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) aber gar nicht abstreitet. Im Klartext: Gysi war kein einfacher Stasi-Spitzel. Er verkehrte nicht in den unteren, sondern in den oberen Etagen der Stasi. Als leitender Rechtsanwalt war er festintegrierter Bestandteil des DDR-Sicherheits- und Überwachungssystems, ein Kader der DDR-Kommunisten! Kein 1 A -, wohl aber ein 1 B- Kader und als solcher in besonderer Weise mitschuldig an den Verbrechen des Gesamtsystems.

Elegant hat Gysi das Schiff der SED durch die stürmische See der Wiedervereinigung gelenkt. Es ist ihm sogar gelungen, einen nicht unerheblichen Teil des angehäuften SED-Reichtums für die umbenannte SED/ PDS zu retten – Geld, das die SED-Apparatschiks, die Ausbeuterklasse der DDR, aus der Bevölkerung herausgepresst haben. Einige Milliarden DM verschwanden so durch diffuse Transferaktionen an alle möglichen Mitglieder und Sympathisanten der Partei. Diese Gelder, die nach der Wiedervereinigung eigentlich dem deutschen Steuerzahler zustanden, flossen in den folgenden Jahren als Spenden oder andere Zuwendungen an die "neue" Partei PDS zurück. Es gab ein Ermittlungsverfahren. Das dieser Finanzmanipulation zugrunde liegende Netzwerk war aber offensichtlich für die (west-)deutschen Behörden nicht durchschaubar, so

dass man trotz hochgradigen Verdachts von Straftaten kein Verfahren gegen Gysi und seine PDS eingeleitet hat. [siehe hierzu z. B. bei Hubertus Knabe]

Es besteht also durchaus eine finanzielle und auch personelle Tradition von der alten SED über die sog. PDS zur heutigen "Linken". Noch bedeutender ist die ideologische Kontinuität. Nach 25 Jahren sträubt sich diese Partei immer noch dagegen, die DDR als "Unrechtsstaat" zu bezeichnen. Dadurch würden sich die Menschen, die in der DDR gelebt haben, beleidigt fühlen. Mit dieser Begründung dürfte man keinen totalitären Unrechtsstaat mehr als solchen bezeichnen, denn in allen gab es große Teile der Bevölkerung, oft sogar die Mehrheit, die nicht an der Ausübung totalitärer Gewalt beteiligt waren. Also eine schwachsinnige Argumentation von Gysi und Co.! Letztlich wollen diese DDR-Kader damit das Unrecht der DDR und ihren totalitär diktatorischen Charakter bagatellisieren, und das ist auch der Grund, warum sie den Kampf gegen den Totalitarismus auf einen "Kampf gegen Rechts" zu reduzieren versuchen: Ablenkung vom eigenen linken Extremismus!

Um sich das DDR-Unrecht zu vergegenwärtigen, sollte man immer wieder einmal den Film *Das Leben der Anderen* anschauen. Hier wird nicht nur die universale Bespitzelung der gesamten Bevölkerung augenscheinlich, sondern auch die systematische Folterung aller irgendwie Verdächtigen mit neuen subtilen, aber umso grausameren Methoden; zum Beispiel jemanden zehn Monate lang ohne irgendeinen persönlichen Kontakt in einen leeren und kahlen Raum einzusperren. Auch das Essen wird nur durch eine Klappe eingeschoben. Isolationsfolter hoch drei - brutaler geht's nicht!

Die Bilder der Morde an der Mauer sind zum Teil bekannt, weniger bekannt die Fälle systematischen Kidnappings durch die DDR-Behörden. Ein junges Ehepaar aus meinem Bekanntenkreis - mit zwei kleinen Kindern - hat 1982 einen Ausreiseantrag gestellt. An einem Sonntagnachmittag sitzen die beiden auf einer Bank in Jena. Keine Veranstaltung, keine Demo, nichts. Plötzlich werden sie von zivilen Polizisten verhaftet und fast ein Jahr lang eingesperrt. Die Kinder will man in ein Heim stecken und zur Adoption freigeben. Ein Verwandter konnte es mit größter Mühe und nicht ohne Risiko für sich selbst verhindern. Mindestens 600 solcher Fälle, wo Eltern durch Zwangsadoption ihre Kinder geraubt wurden, sind dokumentiert. Die Dunkelziffer dürfte deutlich höher liegen. Kidnapping gehört sicherlich zu den schlimmsten Verbrechen, die man sich vorstellen kann. Die meisten dafür Verantwortlichen der DDR sind bis heute nicht zur Rechenschaft gezogen worden!

Die SED-Linke betreibt nicht nur keine Vergangenheitsbewältigung, sie behindert diese und beschönigt die Verbrechen (kein "Unrechtsstaat" etc.). Es wäre vornehmste Aufgabe der SED-Linken, als unmittelbar Beteiligte sich an die Spitze einer Aufklärungskampagne über DDR-Verbrechen und darüber hinaus eines Kampfes gegen linken Totalitarismus zu stellen; stattdessen aber nur „Kampf gegen Rechts“ und durch und durch linksextreme Politik, natürlich angepasst an die Bedingungen und Sprachgewohnheiten des Westens und unserer Zeit. Drei

Beispiele:

-- Familienpolitisch haben sie die deutsche Politik schon auf DDR-Kurs getrimmt: Frühstmöglich sollen Kleinkinder in Kindertagesstätten aufbewahrt werden, sprich Frühkollektivierung und Verstaatlichung der Kinder!

-- Der rot-rote Senat - erstmals im wiedervereinigten Deutschland sitzen SED-Linke in einer Regierung - schafft 2009 Religion als Wahlpflichtfach ab und richtet stattdessen einen säkularen Ethikunterricht als Pflichtfach ein. Auch hier dient die atheistisch-säkularistische Politik der DDR als politisches Vorbild.

-- Im Sommer 2010 wird die Berliner Richterin K. Heisig, bekannt für ihr konsequentes Vorgehen gegen kriminelle ausländische Jugendliche, tot aufgefunden. Unter Regie der rot-roten Regierung findet eine konsequente Ausräumung des Mordverdachts nicht statt. Man will kein ideologisch unerwünschtes Ergebnis riskieren und opfert - auch das beste DDR-Tradition - rechtsstaatliche Aufklärung den eigenen ideologischen Interessen!

Im Hinblick auf eine antinationale Zuwanderungspolitik hat die SED-Linke weitgehend die Positionen ihrer grünen Verwandten übernommen. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik dagegen stellt sie selbst das Original dar, hier sind die Grünen die Nachahmer. Grundlage linker Politik diesbezüglich ist bekanntlich das Füllhorn-Prinzip, bei dem es nur noch um Verteilungsgerechtigkeit und nicht mehr um Leistungsgerechtigkeit geht. Man sagt zwar, man wolle den Mittelstand schonen. An die großen Gelder kommt man nicht ran, denn Kapital ist ja so flüchtig, und die großen Börsenmilliardäre sitzen in den USA oder in diversen Steueroasen. Das eigene Klientel aber will befriedigt werden, und sozialistische Politik verschlingt und verschwendet nun mal Milliarden über Milliarden. So bleibt (leider?!) nur noch der Mittelstand. Da kommt man ran, da ist etwas zu holen: Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer usw. – linksextreme Politik bedeutet, trotz gegenteiliger Beteuerung, Liquidierung des Mittelstands. Die großen Kapitaleigner werden dadurch eher gemästet. Die wirtschaftliche Misere der DDR war nicht zuletzt dadurch bedingt, dass es keinen wirtschaftlichen Mittelstand mehr gab.

Schließlich zur Außenpolitik: Jede extreme Partei braucht eine Schokoladenseite, um über ihr in der Regel kleines Stammklientel hinaus politische Resonanz zu erzielen. Bei den Grünen die Ökologie, bei den SED-Linken die Außenpolitik. Man stellt sich zum Beispiel, grundsätzlich richtig, den amerikanischen Plänen entgegen, die Europa in eine Konfrontation mit Russland hineintreiben wollen. Dabei muss man sich natürlich fragen, ob die außenpolitische Positionierung der Linken darauf zielt, deutsche Interessen besser international umsetzen zu können, oder ob sie nur einem diffusen Pazifismus entspringt - oder gar nur eine retuschierte Neuauflage der alten kommunistischen "Bruderbeziehung" zwischen DDR und Sowjetunion darstellt.

Es gibt, zumindest auf den ersten Blick, gemeinsame Schnittmengen der AfD mit

außenpolitischen Positionen der SED-Linken, was freilich in keiner Weise eine irgendwie organisatorisch geartete Kooperation mit dieser linksextremen Truppe rechtfertigt. Wir können aber, z. B. bei Demonstrationen gegen amerikanische Atomwaffen in der Eifel oder anderen Friedensdemonstrationen, nicht immer gleich weglaufen, nur weil irgendwelche Linksextremisten auch daran teilnehmen. Täten wir das, würden wir uns von der Bevölkerung und ihren legitimen Protesten immer mehr isolieren. Ein ähnliches Problem haben wir auf der rechten Seite schon bei PEGIDA-Demonstrationen, bei denen ja auch *NPD*-Leute mitlaufen.

Unsere Aufgabe ist es, dorthin zu gehen, wo Menschen für richtige Ziele protestieren. Und wenn die politische Konkurrenz auch dorthin geht, was normal ist, sollten wir die Menschen eben in unserem Sinn zu beeinflussen versuchen und sie nicht rechts- oder linksextremistischen Parteien überlassen.

Halten wir fest: Die SED-Linke ist, wie die Grünen, eine Anti-Mitte-Partei, eine extreme, eine linksextreme Partei: gesellschaftlich familien- und religionsfeindlich, wirtschaftlich gegen den Mittelstand gerichtet und politisch dezidiert antinational. Auch sie führt, an die alte kommunistische Volksfront-Taktik anknüpfend, mit großem Getöse ihren "Kampf gegen Rechts", um in dessen Windschatten umso wirkungsvoller ihre linksextreme Politik in Richtung einer neuen Groß-DDR zu betreiben.

IV. Die Alternative für Deutschland (AfD)

1. Eine neue Partei für eine neue Zeit

Seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland gab es immer wieder Parteineugründungen neben dem Parlament; Parteien also, die die Fünf-Prozent-Hürde nicht überspringen konnten. Bis 1989 blieben sie weitgehend bedeutungslos; im wesentlichen deshalb, weil das bestehende Parteiensystem mit dem CDU/CSU-SPD-FDP-Trio wirtschaftlich und kulturell sehr potent war und sich der überwiegende Teil der westdeutschen Bevölkerung mit ihm identifizierte.

Dies änderte sich nach 1989 grundsätzlich, zunächst langsam, jetzt immer schneller. Erste Risse sehen wir in der Ära Kohl, zwischen 1989 und 1998. Die Politik des wohlbeleibten Pfälzer in den Grundfragen *Wiedervereinigung* und *politische europäische Union* sieht besser aus, als sie ist. Politisch brachte sie Deutschland, durch vermehrten Einfluss von USA und EU, nicht mehr, sondern eher weniger Unabhängigkeit, und die zwar immer noch starke deutsche Wirtschaftskraft verlor sozial und national ihre innere Ausgewogenheit. Innenpolitisch klaffte die soziale Schere auseinander: auf der einen Seite gigantische Börsengewinne und Managergehälter, auf der anderen Seite Löhne, die nicht mehr für das Existenzminimum reichen. Ähnlich polarisierte sich die inter-nationale Wirtschaftslage in Europa: ein überhitztes Zentrum (Deutschland) und eine ausblutende Peripherie (Portugal, Griechenland, Rumänien usw.). Die einseitig in Richtung Zentrum gerichtete innereuropäische Wanderbewegung hat

dabei eine nicht unwesentliche Rolle gespielt. Die von den USA eingeforderte und über die EU vermittelte Politik der Totalöffnung Europas goss auch Öl ins Feuer der außereuropäischen Immigration nach Europa, so dass sich inzwischen hier weite Teile der Bevölkerung überfremdet fühlen. Nach einer umfassenden Langzeitstudie, die nicht auf ein paar aktuellen Befragungen, sondern auf über zehn Jahre laufenden Querschnittsuntersuchungen basiert (W. Heitmeyer 2011) stimmen 37 % der befragten Deutschen der Aussage zu: "Durch die vielen Zuwanderer hier fühle ich mich wie ein Fremder im eigenen Land"; 50 % der Aussage: "Deutschland wird in einem gefährlichen Maß überfremdet"; 74 % schließlich der Aussage: "Die Gesellschaft fällt eigentlich immer mehr auseinander".

Die offizielle Politik in Europa und vor allem in Deutschland betrachtet dieses Problem nun im wesentlichen als psychologisches, d.h. als Vermittlungsproblem: die Politik wäre ja richtig und angemessen, die Leute würden sie aber nicht richtig verstehen. Deshalb müsste man sie ihnen nur besser erklären. Dann könnte man auch ihre, aus politischer Sicht völlig unbegründeten Zukunftsängste auflösen. Auf die Idee, dass ihre Politik falsch sein könnte und nicht mehr den veränderten objektiven Notwendigkeiten entspricht und dass die diesbezügliche Wahrnehmung der Bevölkerung richtig sein könnte; also nicht die Sicht der Menschen, sondern die Politik geändert werden müsste – darauf kommen diese politischen Kapazitäten nicht. Das wollen und können sie inzwischen nicht mehr wahrhaben, weil sie sich zu weit von der Bevölkerung, von der sie ihren Auftrag erhalten haben, wegbewegt haben. Die politische Führung in Deutschland ist zu einer politischen *Klasse* mutiert, das heißt, sie hat die innere Verbindung zu ihrer Bevölkerungsbasis verloren. Diese identifiziert sich nicht mehr mit ihrer Führung. Diese geistige und politische Führungslosigkeit ist die tatsächliche Ursache zunehmender Zukunftsangst in der Bevölkerung - alles handfeste Symptome eines Verfalls des alten, seit 1945 bestehenden Politsystems und Hinweis für die Notwendigkeit einer geistigen und politischen Erneuerung!

Die neue Zeit wird mutmaßlich nicht mehr primär amerikanisch geprägt sein, denn die USA haben die geistige und auch moralische Führung in Deutschland und in der ganzen Welt eingebüßt. Dementsprechend dürfte sich auch national die Situation ändern. Zwischen 1989 und 2010 konnten die Grünen - exzessiv individualistisch = amerikanistisch ausgerichtet - die Politik der anderen Parteien maßgeblich beeinflussen. Ihr Einfluss wird abnehmen, und auf der linken Seite des politischen Spektrums die SED-Linke zulegen.

Immer wieder und seit 1989 verstärkt haben verschiedene außerparlamentarische Parteien die deutsche Politarena betreten: die Republikaner, die NPD, die Schill-Partei, die Piraten. Sie erlangten kurzfristig und regional eine gewisse Bedeutung, nachhaltig und national blieben sie erfolglos. Waren sie doch konzeptionell und programmatisch zu beschränkt und zu dürftig, um Lösungen für die großen Probleme unserer Zeit anbieten zu können. Dies erwartet man jetzt von der AfD, der neuen politischen Kraft in Deutschland.

2. Die strategischen Ziele der AfD

Die strategischen Ziele der AfD ergeben sich aus den Schaltstationen des Versagens der konservativen Parteien seit 1989, also der CDU/CSU und auch der FDP.

- Zunächst die Kohl-Entscheidung, die deutsche Wiedervereinigung der NATO-Strategie unterzuordnen und nicht umgekehrt: War es richtig, die deutsche Wiedervereinigung sozusagen als ersten Schritt einer Osterweiterung der NATO zu vollziehen, oder hätte man nicht vielmehr die Situation von 1989 nutzen können, um die US-Amerikaner zum Rückzug aus Europa zu bewegen und ein selbständiges, rein europäisches Verteidigungsbündnis aufzubauen?
- Dann die nächste Kohl-Entscheidung, die deutsche Wiedervereinigung mit dem massiven Ausbau einer politischen europäischen Union zu verknüpfen und als ersten Schritt den Euro einzuführen, der als währungspolitisches Zwangskorsett eine unumkehrbare Entwicklung zu einem europäischen Superstaat hin garantieren soll. Warum Maastricht, warum ein Superstaat? Warum ist eine Freihandelszone nicht ausreichend? Warum Auflösung der organisch gewachsenen nationalen Vielfalt in Europa? Warum soll ein Brüsseler Zentralismus besser sein als das intergouvernementale Konzept de Gaulles, ein "Europa der Vaterländer"?
- Dann der nächste Schritt: Sind wir ein "Einwanderungsland", oder ist "das Boot voll", wie es auch die Wahlpropaganda der CDU damals noch verkündete? Wer bestimmt, was ein "Einwanderungsland" ist? Heißt das, dass wir zusehen, wie die deutschstämmige Bevölkerung in 2-3 Generationen von Zuwanderern majorisiert wird, also zur Minderheit im eigenen Land wird? Und wer entscheidet, wer nach Deutschland darf: die Regierung, der Vorstand der Grünen? Oder doch die Bevölkerung? Warum keine Zuwanderungsquoten, warum keine Plebiszite?
- Dann die nächste falsche Weichenstellung: die Ablehnung einer deutsch-europäischen Leitkultur, weil sie die Zuwanderer in ihrer eigenen kulturellen Entfaltung beeinträchtigen würde. Haben sich die Zuwanderer dem Lebensstil und der Kultur der aufnehmenden Bevölkerung anzupassen oder die Europäer immer mehr dem Lebensstil und der Kultur der Zuwanderer? Können wir von den Zuwanderern nicht verlangen, dass sie sich, wenn sie hierbleiben wollen, unserer deutsch-europäischen Kultur, die nun mal auch christlich geprägt ist, als Leitkultur unterordnen?
- Zum Fall *Hohmann*: Ist nur der Rechtsextremismus, also der Nationalsozialismus, eine Gefahr für Demokratie und Frieden, und der Linksextremismus, der Kommunismus, vergleichsweise harmlos? Ist also eine Bagatellisierung des Linksextremismus bis hin zum Schönreden der DDR-Verbrechen gerechtfertigt? Muss man nicht diesen sog. "Kampf

gegen Rechts" als politische Taktik des Linksextremismus verwerfen und zur Anti-Totalitarismus-Konzeption der alten Bundesrepublik zurückkehren, die dann natürlich, den Gegebenheiten der Zeit entsprechend, auch der neuen Gefahr eines islamistischen Totalitarismus gerecht zu werden hat.

- Schließlich der Islam! Gehört er wirklich zu Deutschland? Oder ist er, sicher nicht allen, aber vielen Moslems nicht doch eine Eroberungsreligion, der es nicht um die Integration ihrer Anhänger geht, sondern um eine Islamisierung Europas?

Fundamentale Fragen, die die AfD beantworten muss, um dann auch bei anderen großen Problemen deutscher Politik die Weichen neu stellen zu können; bei der Wehrpflicht, beim Gender- und Abtreibungswahn, beim Inklusionismus im Bildungsunwesen usw.

Auch der Untergang der FDP kann uns einiges lehren. Die FDP war die Vorhut-Partei einer wirtschaftsliberalistischen Ideologie in Deutschland. Sie forderte Privatisierung und Deregulierung auf allen Ebenen. Die großen vier "Freiheiten" - gemeint ist die *Freizügigkeit* von Kapital, Waren, Dienstleistungen und Menschen - seien die Voraussetzung für den Wohlstand der Weltbevölkerung. Sicher konnten sich mit dieser Methode Börsenspekulanten und Banker maßlos bereichern, die Verarmung weiter Teile der Weltbevölkerung aber hat eher zugenommen. Die einzige Kraft, die in der Lage ist, den Einfluss der internationalen Finanzoligarchie einzuschränken, sind starke Nationalstaaten, die aber, nicht zuletzt auf Druck der internationalen Banken hin, durch immer weiter gehende Abschaffung von Staatsgrenzen geschwächt und letztlich handlungsunfähig gemacht werden. Eine positive alternative Kraft muss sich deshalb für die Stärkung der Nationalstaaten einsetzen, inklusive der Wiedererrichtung von Grenzen, und die Ideologie von den "vier großen Freiheiten", eine Kernidee des Amerikanismus, erheblich relativieren.

2008/09 erschütterte die internationale Finanzkrise die Volkswirtschaften der Welt und brachte sie in erhebliche Bedrängnis. Diese Krise ging direkt über in eine Krise der Euro-Staaten – ein offensichtliches Versagen des Wirtschaftsliberalismus, das diesen international sehr in Misskredit gebracht hat. Man kann den Untergang der FDP als Symptom und Ausdruck für diese zunehmende Diskreditierung des Wirtschaftsliberalismus verstehen. Doch die quasireligiöse Verherrlichung offener Grenzen ist auch in Deutschland noch lange nicht vom Tisch. Denn wie die grünen Protagonisten mit ihrem Minderheiten-Lobbyismus und ihrer Anti-Diskriminierungsideologie alle anderen politischen Parteien verformt haben, so ist dies den FDP-Protagonisten mit ihrem Banken-Lobbyismus und ihrer Ideologie der Grenzenlosigkeit gelungen.

Die AfD - eine neue Volkspartei der rechten Mitte

Die AfD muss sich also zum einen von der vermerkelten CDU/CSU und der untergehenden FDP

abgrenzen. Dabei lauten die entscheidenden Fragen: Wieviel Alternative brauchen wir? Genügen ein paar vordergründige Korrekturen, eine etwas differenziertere Euro-Politik? Müssen wir nur den Platz der untergehenden FDP ausfüllen als Mehrheiten beschaffende Pendelpartei mit einem Wähleranteil um die 10 %? Oder brauchen wir eine neue Volkspartei, die den Platz in der rechten Mitte, den die CDU/CSU geräumt hat, einnimmt?

Aus der Art der Fragestellung ergibt sich die Antwort. Wir brauchen eine neue Volkspartei, die an die Tradition der CDU/CSU vor 1989 anknüpft; die auch aus der guten Zeit der FDP Positionen übernimmt: zum Beispiel die Verteidigung von Bürgerrechten gegen den Überwachungsstaat oder die Verteidigung des wirtschaftlichen Leistungsprinzips gegen linke Verteilungspolitik; die nicht zuletzt auch an amerikakritische Positionen von Möllemann und anderen anknüpft. Dabei sollte eine neue Politik nicht nur alte Fehler revidieren, sondern solche Korrekturen als Basis für die Entwicklung neuer Lösungen sehen, die den umwälzenden außen- und innenpolitischen Veränderungen gerecht werden.

Die AfD also eine neue Volkspartei der rechten Mitte! Viele Parteimitglieder der AfD möchten aber das "rechts" gerne weghaben und nur von einer "Partei der Mitte" sprechen oder auch von einer "Partei des gesunden Menschenverstandes". Nun ist dieser "gesunde Menschenverstand" kein sehr politischer Begriff. Darüber hinaus wurde er immer wieder von gewissen wirtschaftsliberalen Ideologen naiv philosophisch missbraucht. Dennoch kann man ihn taktisch-propagandistisch schon einmal einsetzen. Das klingt dann zumindest ganz gut.

Was die Abgrenzung von rechts angeht, so ist sie in der AfD mitunter überschießend, was verschiedene Gründe hat. Manchmal ist es eine Anbiederung an die Medien und den linken Zeitgeist. Etliche Berührungsängste gegenüber rechts rühren auch daher, dass AfD-Mitglieder linke Diffamierungskritik verinnerlicht haben und selbst glauben, die AfD wäre nur eine im Ton moderatere NPD und würde verklausuliert ausdrücken, was die NPD im Klartext verkünde – eine schädliche und auch sehr falsche Vorstellung, die erhebliche Unkenntnis der Positionen der NPD ausdrückt! Wenn wir von *rechter* Mitte sprechen, in der wir die AfD politisch verorten, besteht in der Tat Abgrenzungsbedarf nach rechts, zur NPD hin, dem ich hier in einer kurzgefassten Kritik nachkommen will - rational und eindeutig, aber ohne die zeitgeistübliche Dämonisierung!

Kritik an den Kernpositionen der NPD

Offiziell distanziert sich die NPD von den Verbrechen des Hitlerismus, wie dies auf der anderen Seite die SED-Linke von den Verbrechen des Stalinismus tut. Man kann dies einem mehr oder weniger großen Teil der Mitglieder auf beiden Seiten abnehmen. Allerdings kommt es bei totalitären Ideologien nicht auf subjektive Ansichten einzelner Mitglieder an, sondern auf objektive Bedingungen wie Wirtschaftskatastrophen, Kriegen oder Bürgerkriegen, die dann Extremsituationen entstehen lassen, in denen totalitäre Ideologien zwangsläufig in totalitäre d.h. verbrecherische Politpraxis umschlagen.

1. Beginnen wir beim Nationalismus der NPD, der die Nation als "Abstammungs- und Kulturgemeinschaft" definiert! Kultur kann man sich aneignen, Abstammung nicht. Dementsprechend lesen wir auf der Internetseite der NPD, ein Schwarzer könne nie ein Deutscher werden – also auch nicht, wenn der schon in der vierten Generation in Deutschland lebt und kulturmäßig völlig assimiliert ist - ein rassistisch-biologistisches Menschenbild, eine biomaterialistische Weltanschauung!
2. Die Kultur wird zwar als nationenbildend genannt, ist für die NPD aber insofern sekundär und unbedeutend, als sie nicht als selbständiger Faktor, sondern als durch Blut und Vererbung determiniert verstanden wird. Ehrlicher wäre es also, wenn die NPD die Kultur ganz weglasse und schriebe: Die Nation ist eine Abstammungsgemeinschaft - Punkt.
3. Für die NPD prägt also nicht Religion die Kultur, sie ist selbst nur ein durch Vererbung vorbestimmtes Kulturprodukt. In diesem Sinne ist die NPD antiabendländisch und antieuropäisch, auch wenn sie sich vordergründig zu den "abendländischen Werten" bekennt. Denn die Basis abendländischer Kultur ist nun mal nicht das germanische Blut, sondern die christliche Religion.
4. Auch wenn sich die NPD nach außen neutral gegenüber dem Christentum gibt – nach innen bezieht sie klare Positionen: "das Kreuz mit dem Kreuz"; das Christentum nicht die Lösung, sondern das Problem; das Christentum eine "raumfremde" Religion usw. Raumspezifisch und der germanischen Rasse art- und blutgemäß seien die germanischen Mythen - im Gegensatz zu den Wüstenreligionen des Judentums und des Christentums, wobei letzteres zumeist als bloße Sekte des Judentums definiert wird.
5. Die NPD ist antiliberal und antiparlamentarisch. Sie vertritt ein Führerprinzip, das sie im wesentlichen über den Staatspräsidenten definiert. Dabei fordert sie zwar eine plebiszitäre Komponente, lehnt Parlamente aber als Ausdruck gesellschaftlicher Interessensgegensätze ab. Damit setzt sie eine gesellschaftliche Einheit voraus, die ihrerseits wiederum auf ethnisch vollständiger Homogenität von Staatsbevölkerungen gründen soll, wie es sie in unserer Zeit nirgendwo mehr gibt. Oder will die NPD allen Ernstes überall ethnische Reinheit mit Gewalt wieder herstellen? Dann wäre sie wirklich so gefährlich, wie ihre schlimmsten Gegner sie hinstellen.
6. Die NPD betrachtet das Grundgesetz als West-Diktat, das in wesentlichen Teilen "Gemeinwohl schädigend" sei. Fakt ist, dass bei aller Relativierung der amerikanischen Siegermoral diese damals der des nationalsozialistischen Deutschlands überlegen war. Das, was die NPD als "Gemeinwohl schädigend" am Grundgesetz kritisiert, war ein wichtiger Zugewinn an individuellen Freiheitsrechten gegenüber der antiindividuell kollektivistischen Moral des Nationalsozialismus.
7. Die NPD lehnt zwar innenpolitische Gewalt im Kampf um die Macht ab, pflegt aber nach wie

vor Verbindungen zu gewaltbereiten "Kameradschaften" und rechtsautonomen Kräften, ähnlich wie das die Grünen mit den Linksautonomen handhaben.

Immer wieder wird versucht, die AfD in die rechte Ecke, zur NPD hin, zu drängen. Beispiele, die das belegen sollen, werden an den Haaren herbeigezogen; so der Wahlkampfspot *Wir sind nicht das Sozialamt der Welt*. Auch die NPD würde diesen Spot verwenden. Meinen die Kritiker tatsächlich, Deutschland wäre das Sozialamt der Welt? Die Frage ist doch: Ist die Aussage richtig oder nicht? Wenn die NPD Plebiszite fordert und die Grünen Plebiszite fordern – betreiben dann die Grünen NPD-Politik?

Überschneidungen in Detailfragen gibt es bei allen Parteien und in allen Politbereichen. Analysiert man aber die *Prinzipien* der NPD, dann wird man nirgendwo eine Gemeinsamkeit mit der AfD feststellen. So sieht das im übrigen auch die große Mehrheit der Bevölkerung. In einer von der AfD im Mai 2014 in Auftrag gegebenen Studie des INSA-Instituts sehen 43% der wahlberechtigten Befragten die AfD in der politischen Mitte stehend und 23% betrachten sie als gemäßigt rechts. Die NPD aber ist von ihrem Programm her eine rechtsextreme Partei, genauso extrem wie auf der anderen Seite die SED-Linke. Und wie diese muss sie, um ihre politische Abstammung und Tradition zu verschleiern, Kreide fressen und den Wolf im Schafspelz spielen.

3. Taktische Überlegungen

Nach der Strategie zur Taktik! Erstere legt die langfristigen Ziele fest, letztere die kurzfristigen, somit den Weg zum Ziel. Insgesamt agiert die AfD nach außen bislang vorsichtig und zurückhaltend - je höher die Vorstandsebene, desto zurückhaltender! Man hat große Angst, anzuecken und die Menschen, die man anspricht, zu ängstigen oder gar vor den Kopf zu stoßen. Aber wen wollen wir eigentlich ansprechen? Wir wollen doch etwas verändern. Das erfordert Mut. Also werden wir uns zuerst nicht an die Ängstlichen, an die Zauderer und Bedenkenräger wenden, sondern an die Mutigen. Auch kann es für uns nicht entscheidend sein, wie sich die Mehrheitsmeinung *im Augenblick* darstellt. Das wäre Populismus. Es geht um die *langfristigen* Interessen der Mehrheitsbevölkerung!

Wenn wir eine politische Meinung in diesem Sinn für richtig halten, müssen wir sie vortragen, auch wenn sie noch keine Mehrheitszustimmung findet und vielleicht nur von 20 oder 30 % der Bevölkerung vertreten wird. Viel weniger sollten es nicht sein, denn wir wollen auch nicht mit dem Kopf durch die Wand, und Meinungen, für die die Zeit noch nicht reif ist, auf Biegen und Brechen in die politische Diskussion einbringen.

Was wir an Meinung vertreten, sollte im Klartext vorgetragen werden, nicht nach der Methode *Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass*. Was meine ich? Zum Beispiel PEGIDA: Frau Will fragt Frau Petry: "Gehen Sie bei den Demonstrationen mit?" Frau Petry: "Ich nicht, ich habe andere Aufgaben, aber mehrere unserer Mitglieder gehen mit".

Oder Herr Lucke bei Günther Jauch. Dieser hält ihm einen Internetbeitrag vor, in dem er, Lucke, die Ziele der PEGIDA für gut und richtig befindet. Luckes Antwort: "Das haben meine Mitarbeiter geschrieben". Wir müssen aufpassen, dass wir nicht aus einer blauen zu einer lauen Partei werden.

Wir müssen uns also schon eindeutig ausdrücken. Wie offensiv oder defensiv das dann geschieht, hängt von der Situation ab. Es ist falsch, eine defensive Taktik als hauptsächliche oder gar einzige einzufordern. Eine Partei muss beides beherrschen: die defensiv-diplomatische Tour wie auch eine offensive ggfs. aggressive, d.h. den Mut zur gezielten Provokation. Nur wer in der Politik die gesamte taktische Klaviatur beherrscht, hat Erfolg. Wer erst offensiv werden will, wenn er 20 % Wählerstimmen hinter sich hat, kann lange warten. Er wird seine 20 % nie bekommen!

In Deutschland gibt es in bestimmten Bereichen eine Meinungsdictatur, verbunden mit einer aggressiven Sprachpolizei vor allem in den Medien. Immer wieder fallen die Begriffe "Diskriminierung", "Rassismus", "Islamophobie" und ähnliches. Man könnte von einem "Antidiskriminierungswahn" der offiziellen Politik sprechen.

Die AfD sollte auf diesen Wahn nicht eingehen. Sie tut das aber, wenn sie sich permanent von rechts abgrenzt und beteuert, wen sie alles nicht diskriminieren will. Sie sei nicht "rassistisch", nicht "islamophob" usw. Mit solchen Litaneien biedert sie sich an den rot-grünen Zeitgeist an und dies umso mehr, wenn sie auch noch dessen Propagandabegriffe übernimmt. Denn damit anerkennen wir explizit die Definitionshoheit der Rot-Grünen, übernehmen ihre Denke und begeben uns von vornherein in die Defensive.

Zum Beispiel "Homophobie"! Man wirft sie Menschen vor, die Homosexualität tolerieren und sie nicht kriminalisiert, aber auch nicht *öffentlich* propagiert oder gar praktiziert sehen wollen – eine Position zwischen Schwulenhatz und Schwulenkult. Keine Psychomacke, wie der Begriff "Phobie" unterstellt. Eine empfehlenswerte Position, von der offiziellen Politik sprachlich mit der Quasidiagnose "Homophobie" diskriminiert!

Es genügt nicht, nur die Kampfbegriffe der Gegenseite nicht zu verwenden. Wir sollten selbst Begriffe verwenden und auch neu entwickeln, mit denen wir den Gegner in die Defensive treiben, z. B. "blauäugige Wahnbürger", "repressive Moralisten", „scheinheilige Bauchethiker“ usw. Die Politik lebt von solchen Begriffen, ob man das will oder nicht. Wenn man gewinnen will, muss man auch das sprachliche Handwerk mit den entsprechenden Begriffen beherrschen.

Es gibt einzelne in der Partei, die vor solchem zurückschrecken und glauben, auch parteiintern noch eine Sprachpolizei etablieren zu müssen, indem sie überall vor gefährlichem sprachlichen Duktus und zuspitzenden Formulierungen warnen. In den meisten Fällen sind solche Warnungen in der AfD nicht angebracht, denn das größere Problem ist hier ein vorausseilender Sprachgehorsam und eine Weichspülerei, die bei vielen Menschen, die wir in besonderer Weise

ansprechen wollen, nicht gut ankommt.

In manchen Fällen weichspülender Kritik geht es allerdings nicht um sprachliche Formulierungen, sondern um verdeckte inhaltliche Kritik. Man versteckt strategische Kritik hinter einer taktischen, weil man fürchtet, die eigene strategische Position könnte nicht mehrheitsfähig sein. So ging es z. B. einigen Kritikern meiner Nahost-Resolution in Kirchheim nicht um zu harte Formulierungen, sondern um die Ablehnung meiner bewusst US-kritischen Grundposition.

Schließlich sind hinter manchen Weichspül-Argumenten schlicht und einfach opportunistische und karrieristische Ambitionen versteckt. Wir sollten davor nicht die Augen schließen. Besteht in unserer Partei jetzt doch die Möglichkeit, sehr schnell ein einträgliches Mandat im Europaparlament, in den Landtagen und vielleicht auch bald im Bundestag zu bekommen. Kriterien wie Medienkompatibilität, Koalitionsfähigkeit und Regierungstauglichkeit von politischen Positionen spielen dementsprechend heute schon eine gewisse Rolle in der Parteidiskussion.

Die Koalitionsfrage

Damit sind wir bei der Koalitionsfrage angekommen. In der CDU/CSU wird heftig darüber gestritten, ob Koalitionen mit der AfD legitim seien, und auch Bernd Lucke hat sich mehrfach öffentlich zu dieser Frage geäußert, obwohl hier kein irgendwie gearteter Parteitagsbeschluss vorliegt. Die Unionsparteien seien keineswegs der natürliche Partner der AfD, auch mit der SPD wäre gut eine Koalition möglich, und die SED-Linke kommt eigenartigerweise bei vielen AfD-Parteigrößen immer erstaunlich gut weg; Thema: *innere Sicherheit in der DDR!*

Die politische und gesellschaftliche Öffentlichkeit in Deutschland ist hier wesentlich näher an der Wirklichkeit. Sie betrachtet die AfD als Partei der rechten Mitte durchaus als natürlichen Koalitionspartner der C-Parteien. Für uns sollte freilich in der jetzigen Situation klar sein, dass wir weder mit CDU/CSU noch mit der SPD, sondern erst einmal mit gar niemandem eine Koalition eingehen wollen. Wir haben hierfür noch nicht die notwendige politische Identität und Stabilität entwickelt. Eine Regierungsbeteiligung der AfD als Juniorpartner einer CDU-geführten Regierung, wahltechnisch vielleicht schon sehr bald möglich, wäre eine Katastrophe für die AfD, denn Koalition bedeutet vor allem Kompromisse, und "Juniorpartner" vor allem Anpassung an den Seniorpartner – tödlich für eine Partei, die noch dabei ist, ihr programmatisches Profil zu entwickeln! Sprechen wir also vorerst nicht mehr von Koalitionen!

Welchen Sinn macht dann aber parlamentarische Arbeit? Nur eine gute Propagandabühne der Partei? Was heißt hier "nur"! Darüber hinaus können durch die AfD oft rot-rot-grüne absolute Mehrheiten und entsprechende Regierungen verhindert werden. Die SPD wird dann zu einem Bündnis mit der CDU gezwungen und so eher in der politischen Mitte gehalten, und die CDU/CSU wird durch den Druck von Seiten der AfD zu einer konservativeren Politik gedrängt.

Eine große Koalition ist nicht unbedingt etwas Gutes, aber besser als eine rot-rot-grüne Koalition, denn diese kann durchaus als Einstieg in die totale DDRisierung der Bundesrepublik gesehen werden. Auch können in einer großen Koalition der Verteilungswahn der SPD durch CDU/CSU und die US-Hörigkeit von CDU/CSU durch die SPD abgeschwächt werden.

4. Die innere Situation der AfD

Wie sieht die innere Situation der AfD aus? Ist die Partei den hier angeführten strategischen und taktischen Herausforderungen gewachsen? Zunächst fällt eine gewisse Zerstrittenheit auf. Viele sprechen von "Querelen". So etwas ist nicht nur normal, sondern sogar notwendig für eine Partei, die ihr programmatisches Profil sucht. Entscheidend ist, dass die Auseinandersetzungen auf der politischen Ebene stattfinden und nicht in unpolitischen Personalisierungen nach dem Motto "der hat mein Vertrauen missbraucht" oder "der kostet mich nur Arbeitszeit" etc. Auch der oft gehörte Vorwurf "Querulant" ist zumeist nicht hilfreich, weil inhaltsleer, und er kann als Grundlage für alle möglichen berechtigten wie auch unberechtigten Vorwürfe dienen.

Dann gibt es immer wieder große Psychologen, die irgendein formalisiertes Schlichtungsprogramm als Lösung anbieten. Das kann man in einem Fußballverein oder in einem Betriebsunternehmen machen, aber nicht in einer politischen Partei. Hier geht es darum, zu suchen und zu entdecken, welches politische Problem hinter welchen Streitpositionen steckt!

Auch formalisierende Konsensus-Appelle nach dem Motto "Du gibst da nach, ich gebe dort nach" stoßen ins Leere. Das Ergebnis ist meist ein fauler Kompromiss, mit dem niemand zufrieden ist und der die Wirkung der Partei nach außen neutralisiert. Statt formalisierender Konsensus-Manöver sollte man die politische Auseinandersetzung forcieren. Die historischen Kommunisten sprachen vom "ideologischen Kampf", in dem sich die richtige Lösung durchsetzen müsse. Man kann hier von ihnen lernen.

Autokratische Tendenzen in der AfD

Ein spezifisches Problem der AfD sind stark autokratische Tendenzen von Bernd Lucke. Vorab: Seine organisatorische Leistung beim Parteaufbau ist gewaltig und auch unbestritten. In dem Maße freilich, in dem die Partei organisatorisch fast schon überentwickelt ist (siehe zum Beispiel den Satzungsmoloch der Programmkommissionen), ist sie programmatisch unterentwickelt. Daran ist Lucke nicht unschuldig.

Das Problem war schon am Anfang: Die AfD ist eigentlich nicht als Partei, sondern als Aktionsbündnis gegründet worden. Menschen haben sich in der Absicht zusammengetan, den nicht mehr erträglichen Euro-Rettungswahn der Regierung Merkel/Schäuble irgendwie zu stoppen. Nach und nach stellte man fest, dass in vielen anderen Fragen zum Teil sehr heterogene Positionen hier vereinigt worden sind; Beispiel USA/Russland, Beispiel Islam usw. Jetzt also das Problem, aus diesen oft gegensätzlichen Standpunkten eine politische Einheit zu

bilden! Das Ergebnis ist noch offen, und die beste Lösung dürfte gefunden werden, wenn sich jedes Parteimitglied in diesen Prozess möglichst authentisch einbringt und auch einbringen kann; dass also gegensätzliche Positionen ausführlich dargestellt und diskutiert werden können und von den Mitgliedern dann über Parteitagsbeschlüsse entschieden werden.

Richtlinienkompetenz und Entscheidungsbefugnis obliegt dem jeweiligen Parteitag, nicht dem jeweiligen Vorstand. Das gilt für alle wichtigen Fragen und besonders natürlich für das Programm. Richtschnur sollte eine ideelle Mitte zwischen Basisdemokratie und autokratischem Prinzip sein. Im ersteren Fall werden nebensächlichste Dinge in allen Einzelheiten von Mitgliederversammlungen diskutiert und entschieden und dabei die Vorstände zu bloßen Ausführungsgehilfen der Mitgliederversammlung gemacht. Das führt zu völliger Ineffizienz nach außen. Im letzteren Fall entscheiden einige wenige oder auch nur ein einziger die wichtigsten Fragen über die Köpfe der Mitglieder hinweg. Hier werden die Mitglieder zum bloßen Ausführungsorgan der Führung, das Parteileben erstarrt und die Partei stirbt innerlich ab.

Dass in der AfD autokratische Tendenzen problematischer sind als basisdemokratische, belegen folgende Beispiele:

- Zuerst der Beitritt der AfD-Abgeordneten im Europaparlament zur EKM-Fraktion. Die Kerngruppe dieser Fraktion sind die britischen Tories, deren Großmutter Frau Thatcher für einen Brutalo-Wirtschaftsliberalismus stand, mit dem in Deutschland allenfalls die schlimmsten Hardliner der FDP etwas anfangen konnten. Darüber hinaus sind die Briten und die Polen in dieser Fraktion extrem proamerikanisch-antirussisch eingestellt und tun sich hier äußerst negativ im Ukraine-Konflikt hervor. Auch die Kritik dieser Leute an der EU ist eine ganz andere als die unsere. Sie zielt auf eine Schwächung Europas zugunsten der angloamerikanischen Allianz nach dem Muster des alten britischen Vorbilds: *Wenn es dem "Kontinent" schlecht geht, dann geht es Great Britain gut.*

Die Entscheidung für die EKR-Fraktion war also eine äußerst inhaltsträchtige im Sinne eines dezidierten Proamerikanismus und eines radikalen Wirtschaftsliberalismus. Doch das ist jetzt nicht das Thema. Vielmehr geht es darum, dass eine solch entscheidende Frage wie die Fraktionsbildung der AfD-Abgeordneten im Europaparlament von einem kleinen Kreis, de facto von Herrn Lucke und Herrn Henkel, getroffen wurde, ohne auf irgendeinem Parteitag beschlossen, ja überhaupt diskutiert worden zu sein – politisch fast schon skandalös!

- Es war dann auch kein Wunder, dass die AfD-Mandatsträger im Europaparlament trotz des Erfurter Parteitagsbeschlusses die Sanktionen gegen Russland unterstützten und sich dabei auf ihre Gewissensfreiheit und ihr "nichtimperatives Mandat" beriefen. Ein solches Verhalten macht die parlamentarische Arbeit einer Partei zur Farce, denn diese lebt davon, dass die Partei bestimmte Dinge beschließt, die dann in den entsprechenden Parlamenten umgesetzt werden. Gewissensfreiheit bei Entscheidungen gibt es bei gewissen weltanschaulich-ethischen Problemen, wie wir dies im Bundestag hin und wieder und eher selten erleben. Für den

politischen Alltag muss eine gewisse Fraktionseinheit und -disziplin eingefordert werden, denn Parteien, die das nicht schaffen und sich von sich weitgehend autonom fühlenden Mandatsträgern vertreten lassen, sind politisch wirkungslos.

-Das dritte Beispiel autokratischer Lucke-Politik liefert die Erstellung der sog. *Leitlinien* im Frühjahr 2014. Der Parteitag in Erfurt hatte im März noch beschlossen, die von Lucke diesbezüglich eingebrachten Leitlinienvorschläge vorerst nicht zu diskutieren. Lucke erreichte dann, dass eine Redaktion zur Bearbeitung gebildet wurde, die dann nach vier Wochen einen Vorschlag zur online-Abstimmung vorlegte, wobei er selbst immer wieder mit Umformulierungen in die Arbeit dieser Redaktion eingriff. Die Abstimmung fand dann in den Osterferien statt. Die Wahlbeteiligung lag bei 18%, was selbst die schlechtesten Beteiligungen an Europawahlen unterbot. Davon 90%, also insgesamt nur 16% aller Parteimitglieder, stimmten diesen Leitlinien in der verabschiedeten Form zu. Dennoch sprach die Zentrale von einer "überwältigenden Zustimmung". Unter anderem findet sich in diesen "Leitlinien" ein Bekenntnis zu Westbindung und NATO, das jetzt vom Bundesvorstand als Programmvoentscheidung gewertet und massenhaft in zweisprachigen (!) Broschüren verteilt wird, ohne dass über dieses fundamentale Thema eine nennenswerte Diskussion in der Partei stattgefunden hat!

Mit solcherart Präjudizierungen programmatischer Positionen, wie hier in den *Leitlinien* die Westbindung betreffend, überrascht uns Bernd Lucke auch immer wieder in diversen Talkshows; so mit Statements zur SED-Linken, zur Koalitionsfrage oder der Verkündung bei Plasberg, dass wir natürlich ein "Einwanderungsland" seien. Natürlich kann und soll Bernd Lucke seine Meinung zu allen Fragen kundtun. In wichtigen Fällen ist freilich ein Zusatz, dass es sich um eine von der Partei insgesamt programmatisch noch nicht entschiedene Position handelt, unbedingt erforderlich.

Es geht grundsätzlich nicht, dass Vorstände aufgrund ihrer Vorstandstätigkeit eine inhaltlich programmatische Richtlinienkompetenz einfordern können. Ihre diesbezüglichen Standpunkte müssen sie wie andere Parteimitglieder in die Parteidiskussion einbringen und dabei der Darstellung entsprechender Gegenpositionen die gleichen Möglichkeiten (z. B. Zugang zum Bundes-Verteiler) gewährleisten.

V. Schluss

Im Hinblick auf Geopolitik, Wiedervereinigung, EU / Euro, Zuwanderung und Säkularismus / Islamisierung stellt 1989 eine historische Zäsur dar. Nimmt man diese als solche ernst, dann muss man große Lösungen suchen. Kann die AfD das? Ist sie einer solch historischen Mission gewachsen? Kann sie die damit verbundenen Hoffnungen erfüllen?

Sie kann es, wenn sie sich nicht mit kleinen Alternativretuschen begnügt, sondern in den

Herausforderungen der Zeit die Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels erkennt - wenn sie sich also nicht zum Arzt des Untergehenden macht, sondern die Rolle des Protagonisten einer politischen Erneuerung anzunehmen bereit und gewillt ist. Wir brauchen jetzt keine Alternative light und schon gar keine Pseudo- resp. Feigenblattalternative. Wir brauchen eine Fundamentalalternative für Deutschland und für Europa!

Weitere Informationen auf meiner Webseite

www.wgmeister.de